

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtsparcasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. : Reklamezeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 44

Februar 1922

Wildbad, Mittwoch, den 22. Februar 1922

Februar 1922

57. Jahrgang

Tagespiegel.

In Berlin ist eine Abordnung der Wiederherstellungskommission zu Verhandlungen über die Sachleistungen eingetroffen.

Die Reichsregierung hat nach der „Tägl. Rundschau“ die amtliche Mitteilung von der Vertagung der Konferenz von Genua erhalten.

Angeblich wegen der italienischen Ministerkrise ist die Einberufung der Sachverständigen zur Vorbereitung der Konferenz von Genua verschoben worden. Taggegen wird am 23. Februar die Finanzkommission des Völkerbunds in London zusammentreten, um über das Darlehen an Oesterreich in Höhe von 6 Millionen Pfund Sterling zu beraten.

In Lissabon soll wieder eine Revolution ausgebrochen sein. Der Ministerrat sei in einem Fort der Festung versammelt.

Ausraubung Deutschlands.

Ein neuer Anschlag.

Berlin, 21. Febr. Nachdem das Abkommen von Wiesbaden sich in der Praxis bereits als undurchführbar erwiesen hat, wird bekannt, daß Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Entente über ein neues „Abkommen“ im Gange sind. Das sog. Wiesbaden übertrifft würde. Die „D. Allg. Ztg.“ erfährt nämlich folgendes: Angehörige der Ententestaaten sollen das Recht haben, in Deutschland Warenkäufe vorzunehmen oder Bestellungen zu machen, deren Preis im Einzelfall 100 000 Franken übersteigt; sie brauchen nur den Wert der in Ware verarbeiteten Rohstoffe in Devisen zu entrichten; für die Arbeit soll der Lieferant Bezahlung vom Reich in Papiermark erhalten. Dem Reich sollen die in Papiermark bezahlten Beträge, in Goldmark umgerechnet, auf das Entschädigungskonto gutgeschrieben werden.

Derartige Pläne, die eine Verschleuderung der deutschen Arbeit und eine Ausraubung Deutschlands bedeuten, tauchen in einem Augenblick auf, in dem die Entente Einschränkung des Notendrucks fordert! Man wird die Angelegenheit in ihrer Bedeutung erst übersehen können, wenn volle Aufklärung geschaffen ist, was mit folgender Mitteilung, die von zuständiger Stelle gegeben wurde, noch keineswegs geschehen ist:

„Die Frage ist mit einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission in Berlin besprochen worden. Bekanntlich sah das Abkommen von Cannes vor, daß Deutschland jährlich 1400 Millionen Goldmark Sachleistungen leisten sollte, von denen 900 auf Frankreich, der Rest auf andere Staaten entfallen sollte. Die Frage, ob und wie derartige Sachleistungen durchgeführt werden könnten, war Gegenstand der erwähnten Besprechungen. Eine Bindung ist bisher auf keiner Seite erfolgt. Auf deutscher Seite war die Frage bisher nur Gegenstand einer „Chefbesprechung“. Das Reichskabinett wird noch dazu Stellung zu nehmen haben.“

Die „M. N. N.“ bemerken dazu: Die „Frage, ob und wie derartige Sachleistungen durchgeführt werden können“, ist nicht schwer zu beantworten; die Antwort kann nur nein lauten.

Krupp über Wirtschaft und Politik.

Mitgefühl veranlaßt die Firma Krupp in Essen an dem dem Geburtstag des verstorbenen Friedrich Alfred Krupp nächstliegenden Sonntag die Ehrung der Geschäftsjubilar, die eine 25jährige Dienstzeit in der Gussstahlfabrik, in der Zeche Salzer-Neudorf und „Auf dem Hügel“ hinter sich haben, eine würdige Feier. In diesem Jahr, am 19. Februar, waren es 801 Werkangehörige und 3 Direktoren, die die Feier begehen konnten. In seiner Ansprache an die Jubilar wies der Chef der Firma, Herr Krupp von Böhlen und Hallbach, u. a. auf die großen Schwierigkeiten hin, nach dem unglücklichen Kriegsausgang den Kruppischen Werken und allen ihren Arbeitern die Arbeitsgelegenheit zu erhalten und für künftige Möglichkeiten neue Grundlagen zu schaffen. „Leicht war dies, wie wohl keinem von Ihnen entgangen sein dürfte, nicht: im Gegenteil, es war die Sorge um die Behauptung dieser Betriebe wohl die dunkelste,

die über mir wie über der Weltleitung in diesen Jahren schwebte und auch heute noch nicht gebannt ist.“ Der Chef der Firma fügte daran die Mahnung an alle Arbeiter, durch entsprechende Arbeitsleistungen die Gewähr für die Wirtschaftlichkeit der neugeschaffenen Einrichtungen zu bieten. Zugleich bat er die Jubilar, die den Wert regelmäßiger Arbeitsgelegenheit und langjähriger Erfahrung kennen, ihr erworbenes Wissen und Können den jüngeren Kräften zu übermitteln und dadurch eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen zu erfüllen für einen erfolgreichen Ausbau der in den letzten Jahren eingeleiteten Geseßgebung (Betriebsräte) auf dem Gebiet der Verantwortung aller Kreise des auszugestaltenden deutschen Wirtschaftslebens. Dann führte er aus:

„Ich erwähne das, um den Grundgedanken dieser Geseßgebung hervorzuheben, der meines Erachtens im Lauf der Zeit den Wert wie den Wertangehörigen — diesen untrennbaren Begriffen — nur zum Segen gereichen kann durch Hebung des Verantwortungsgesfühls, durch Wehrung des Verständnis für die wirtschaftlichen Grundlagen und durch Stärkung gemeinschaftlicher Interessen zwischen allen Kreisen einer Arbeitsgemeinschaft. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß, ehe die Sonne durchdringt, noch manches die Luft reinigende Gewitter gerade in unserem Wirtschaftsleben zu erwarten ist. Die Schwierigkeiten, die wir durch den Tiefstand unserer Mark im Gegensatz zu andern Ländern bisher nicht in dem gleichen Umfang am eigenen Körper erkannt haben, werden sich offen erkennbar zeigen müssen, wenn die Gesundung beginnt. Mit der undringt notwendige Festigung und etwa möglicher Verbesserung der Mark werden auch die Preise im Inland und auf dem Weltmarkt gleichmäßiger und damit möglicherweise auch für deutsche Erzeugnisse niedriger werden. Dann kann für alle Werte wie für ihre Angehörigen leicht der schwierigste Zeitpunkt kommen. Denken Sie an die ungeheuren Summen, um die es sich für ein Werk, wie dem unsrigen, handelt — heute schon bei der Gesamtfirma etwa 3 Milliarden Mark im Jahr allein an Gehältern und Löhnen! — und Sie werden sich selbst sagen, wie schwer es auch für die finanziell am stärksten gerüsteten Unternehmungen sein wird, über die Spanne der Uebergangszeit hinwegzukommen.“

„Bei einer Reise, die mich im Sommer v. J. zum Besuch der gewaltigen Erzlagerrstätten nach Schweden und Norwegen führte, wurde mir von dortigen Herren häufig die Frage vorgelegt, ob nicht auch Deutschland häufig den genannten und so vielen andern Ländern der Welt durch Zeiten völliger wirtschaftlichen Zusammenbruchs und völliger Arbeitslosigkeit hindurch müsse, ehe eine Gesundung eintrete. Ich habe diese Notwendigkeit stets unter dem Hinweis darauf verneint, daß in Deutschland der Arbeitswille stärker als in andern Ländern sei, daß dieser Arbeitswille zum mindesten den Abfall der Wirtschaftskurve weniger freilassen könne als in andern Ländern. Freilich hinge die ganze Entwicklung nicht vom einzelnen Land, sondern von der Gesamtentwicklung Europas und der Welt ab. Daher könne ich auch die Politik der einzelnen Länder nicht verstehen, die, im Gold schwimmend, auf die valutarmeren Länder herabsehen und sie schlecht machen, weil sie ihnen Schwierigkeiten bereiten. Das einzige vernünftige Mittel bleibe eben immer wieder, daß alle Länder, vertreten durch wirtschaftlich denkende Köpfe, durch gegenseitige Hilfe sich den Fortschritt fähren. Denn das eine ist doch klar: Deutschland muß, soll es seine alten und neuen Schulden zahlen, zunächst von den kapitalstarken Ländern Mittel erhalten, um mit diesem unbedingt notwendigen Zuwachs zum Betriebskapital seines Wirtschaftslebens neue Werte schaffen und dadurch neue und alte Verbindlichkeiten abtragen zu können. Fehlen darf bei Behandlung derartiger weltwirtschaftlichen Aufgaben kein Land der Welt, und es ist dringend zu hoffen, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika sich dazu verstehen, Genua zu bescheiden, wo anscheinend endlich einmal die ernststen Folgerungen aus der gegenwärtigen Weltlage in gegenseitiger Ausdrucksgezogen werden sollen. Wie oft habe ich Amerikanern gegenüber in den letzten Monaten und Jahren zum Ausdruck gebracht, wie wenig sie sich des Einbruchs klar seien, den ihr Verhalten in den Finanzen aller benachteiligten Menschen machen muß. Deswegen wir, daß auch hier die Welt einmütig eintritt, ehe es zu spät ist. Aber bleiben wir vor allem auch darin fest, daß wir uns hängen: Wenn

Sie auch kein anderer hilft, so hilf dir selbst. Durch Arbeitsleistung und Vorwärtsschreiten können wir uns selbst helfen.“

Zweiter Reichslandbundtag.

Hannover, 20. Febr.

Im ersten Mal ist die große alljährliche Versammlung der deutschen Landwirtschaft aus der Reichshauptstadt in die Provinz verlegt worden. Der Reichslandbund, der den früheren Verband der Landwirte, den Bund der Landwirte, in sich aufgenommen hat, hat seine große Bundesversammlung nach Hannover verlegt, wo am 18. Februar, vormittags, die Verhandlungen begonnen haben.

Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Reichslandbunds, Reichslandtagsabgeordneter Hepp. Man habe die historisch gewordene Stätte des Berliner Zirkus gewählt mit einem Versammlungsort in der Provinz vertauscht, um in engere Berührung mit den einzelnen Landbünden zu kommen. Das erste Jahr des Reichslandbunds, der den Deutschen Landbund und den Bund der Landwirte in sich vereinige, sei zunächst dem gliedmäßigen Ausbau des Bundes und der Verwirklichung des Landbundsgedankens gewidmet gewesen. Das wirtschaftspolitische Ergebnis der bisherigen Arbeit könne man dahin zusammenfassen, daß die Befreiung der Wirtschaft von ihren Fesseln in nahe erreicht sei. Man werde bestrebt sein, in diesem Jahr die letzten der Wirtschaft noch anhaftenden Fesseln zu beseitigen. Außenpolitisch hätten wir ein schweres Leidensjahr hinter uns; immer drückender machten sich die uns auferlegten und auf die Lage von der Schuld Deutschlands am Krieg begründeten wirtschaftlichen Lasten bemerkbar. Man müsse fordern, daß einem neutralen Gerichtshof Gelegenheit gegeben werde, auch in die Archive des beteiligten Auslands Einblick zu nehmen, um die wahre Kriegsschuld festzustellen. Schwer enttäuscht worden seien auch die Hoffnungen der deutschen Friedensvereine auf internationale Verständigung. Mehr denn je herrsche heute, sogar in Rußland, der nationale Machtgedanke. Kein Staat und Volk könne sich erhalten, das nicht den Gedanken nationalen Fühlens und Handelns und fester tätiger Politik auf allen Gebieten in die Tat umsetze. Der Eisenbahnerausstand sei ein verhängnisvolles Zeichen für das Schwinden des Pflichtgefühls gegenüber der Allgemeinheit und für die Abnahme des staatlichen Ansehens. Retten aus dieser Not könne uns nur die Tat, und bei unserer politischen Erfolglosigkeit rüde die Bedeutung der Wirtschaft mehr und mehr in den Vordergrund. Gesteigerte Leistung auf allen Gebieten sei heute nationale Tat, und da stehe an hervorragender Stelle die Aufgabe, die die Landwirtschaft als Volksernährerin zu erfüllen habe. Das Hilfswerk der Landwirtschaft gehe über den Rahmen der Ernährungsaufgabe hinaus und habe eine wichtige allgemein wirtschaftliche Bedeutung. Ueber sei der Gedanke der gesteigerten Erzeugung über den derzeitigen Stand und über die Friedenserzeugung hinaus. Dazu müsse das deutsche Volk in allen seinen Teilen zu einer großen geschlossenen Arbeitsfront zusammengeschlossen werden, wobei nicht nur an die einzelnen Wirtschaftszweige, sondern vor allem an die zwei großen Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu denken sei. Die soziale Kluft zwischen beiden müsse überbrückt werden. Der Zusammenschluß zwischen dem ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei ein Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Arbeitsfront.

Auch Hindenburg war erschienen und wurde vom Vorsitzenden begrüßt. Den Bericht über den Haushaltplan des Reichslandbunds für 1921 erstattete der Direktor des Landbunds, Tauscher. Es sind zahlreiche Begrüßungstelegramme eingegangen, z. B. vom Landbund für Oesterreich in Graz und von der Deutschen Bauernpartei in Wien. Darauf sprach Dr. Köstke. Er führte folgendes aus: Der feindliche Blockade ist die Valutablockade gefolgt, aber die deutsche Kraft wird sich neu entfalten und unseren Feinden zeigen, wozu ihre Politik führt. (Beifall.) Nur Selbsthilfe kann uns retten. Unser Ziel ist Selbsternährung des Volks. Die deutsche Landwirtschaft ist dazu befähigt. Wir können und müssen die Friedenserzeugung wieder erreichen und dann, wenn möglich, noch 25 v. D. Mehrertrag. Wozu die Umfrage, wenn das Brot aus dem

freien Getreide ebensoviele kostet wie das Brot aus dem Umlagegetreide? Die Besteuerung der Sachwerte lehnen wir ab, sie ist Sozialisierung. Wir müssen gesichert sein, damit wir unser Hilfswerk durchführen können. (Lebhafte Beifall) Darauf wurde eine Entschliebung im Sinn der freien Wirtschaft angenommen. Darin wird die Zwangsanteile als schwere Gefährdung des Hilfswerks der Landwirtschaft abgelehnt und eine gerechte Besteuerung gefordert. Gegen die Auslieferung der Kriegsschuldigen wird Einspruch erhoben. Es sprachen noch mehrere Redner; u. a. gelobte Dekonominat Bären, Hilben, im Namen der Rheinländer Treue zum Reich. Mit dem Gesang des Lieds Deutschland über alles und begeisterten Kundgebungen für Generalfeldmarschall Hindenburg ging die Versammlung auseinander.

Neues vom Tage.

Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers gegen den Streit.

Berlin, 21. Febr. Reichsverkehrsminister Gröner gibt gegenüber den neuen Streikgeiseln in einer Sonderausgabe des „Reichsverkehrsblatt“ bekannt: Der Reichszentralrat habe im Reichstag am 9. Februar erklärt, daß ein Streikrecht der Beamten nicht bestehe und er habe den Streik als eine Revolte in der Beamtenschaft gebremst. Bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse müsse demnach mit aller Schärfe eingeschritten werden und die diesmal noch geübte Sägung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen.

Eine Kundgebung der bayerischen Eisenbahner.

München, 21. Febr. Die Verkehrsleitung des Bayer. Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, den zuständigen Reichsverkehrsstellen in Berlin eine Kundgebung zu unterbreiten, die an die Reichsregierung das dringende Ersuchen stellt, den Beamten und Arbeitern der Reichsbahnen durch eine allgemeinen durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne zu Hilfe zu kommen. Nur auf diesem Weg und mit ausgiebigen Mitteln könne eine Beruhigung des Eisenbahnpersonals eintreten und die allgemeine Streikneigung wirksam bekämpft werden.

Die Bayerische Volkspartei tritt der Koalition noch nicht bei.

Dresden, 21. Febr. Wie die „Dresdener Nachrichten“ zu berichten wissen, haben im Reichstag Besprechungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei (Bayer. Zentrum) stattgefunden. Mit dem Eintritt der Volkspartei in die Regierungskoalition sei in nächster Zeit noch nicht zu rechnen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 21. Febr. Der Gymnasialoberlehrer Dr. Neubauer in Trier ist von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden unter der Anschuldigung, er treibe als Vorstand des „Jugendbundes Westmar“ eine für die Besatzungsstruppen gefährliche Bewegung. — Die Rheinlandkommission hat Vorträge des Kapitäns von Müller, des Kommandanten der „Emden“, im besetzten Gebiet verboten. — In Wiesbaden hatten die Franzosen seit Beginn der Besetzung französische Straßenbezeichnungen angebracht. Auf Anordnung der Rheinlandkommission sind die Tafeln nun wieder entfernt worden.

Schwierigkeiten in der Entschädigungszahlung?

London, 21. Febr. Wie die „Morning Post“ meldet, hat der deutsche Botschafter am Freitag mit Lloyd George und dem Schatzminister Horne eine Unterredung gehabt, die sich, wie das Blatt meint, auf Schwierigkeiten bezogen habe, die sich für Deutschland in bezug auf die in Cannes festgesetzte 10tägige Bezahlung von 31 Millionen Goldmark bereits ergeben habe. Deutschland sei nicht mehr in der Lage, die Zahlungen in dieser Weise zu leisten und wünsche Verhandlungen über eine Neuregelung anzuknüpfen. (Die Nachricht ist vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen, da erst vor wenigen Tagen halbamtlich das Vorfengericht von neuen Zahlungsschwierigkeiten in Abrede gezogen worden war, was allerdings die Briele nicht verbünderte, den Dollarkurs auf 230 hinaufzusetzen.)

Der Geiger von Gmünd.

Von Max Dürr.

(Nachdruck verboten.)

„Ventricule,“ sagte der Ritter und klappte den Deckel des Himmels drohend zu, „man könnte meinen, Ihr habt das Geis wohl studiert, für den Fall, daß Ihr selbst einmal an dem Galgen hängen sollt. Aber da ich nicht wünsche, daß dem Musikanter vor seinem Abscheiden in irgend einer Weise Abbruch geschieht, so will ich Eure Meinung in Gnade annehmen.“

Und da inzwischen Zacharias herbeigeführt worden war, stülpte er eigenhändig in guter Laune einen Becher und rief: „Herbei, Schelm! Sollt noch einmal Bescheid tun! Du hast gehört, ein Wunsch steht dir frei. Aber Leib und Leben ist verfallen, das merke dir. Dem Galgen entkommst du nicht.“

Zacharias ergriff den Becher, nippte ein wenig, dankte und sagte wehmütig: „Edler Herr, was soll mir armen Menschen ein Wunsch helfen, da ich doch, wenn auch ohne Schuld, verdammt bin.“ „Nichts da,“ rief Jürg, „nun erst recht! Es wird gewünscht, bevor gehorcht wird! Hast du verstanden? Herzhaft gewünscht, sage ich dir! Und wenn es in meiner Macht steht, so wird es erfüllt.“ „Ist das Euer Ernst, Herr, und ich erzähl' Ihr nicht?“ erwiderte Zacharias leise. „So willst du eines Edlen Wort annehmen, du Schelm?“

Mit einem stillen Seufzer sah Zacharias nach der Höhe und wie die lichten Wäldchen anmutig und freundlich darüber neigten und der grüne Berg lieblich winkte, wie ein hohes Wahrzeichen seliger Freiheit, und da sein schweifendes Blick auf einen der Stadtknechte fiel, der dem Delinquenten die Fiedel samt dem Bogen zum Wertmal für die Leute nachzutragen angewiesen worden war, so sagte er: „Also wünsche ich mir, gnädiger Herr, daß mir vor meinem Tode noch einmal diesen Berg zu besichtigen gestattet wird und daß ich zum letztenmal in der

Neuwahlen in England.

London, 21. Febr. Nach der „Westminster Gazette“ gedenkt Lloyd George Neuwahlen unmittelbar nach der endgültigen Errichtung des freien irischen Staats und sobald die vorläufigen Forderungen für den Reichshaushalt im Parlament durchgesetzt sind, abhalten zu lassen.

Die Entscheidung über die Entschädigungszahlung für 1922.

Paris, 21. Febr. Nach dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 verfallen an Kriegsentchädigung im Jahr 1922 zwei Milliarden Goldmark und 26 Prozent auf den Ausfuhrwert. In Cannes wurde aber beschlossen, auf Grund der deutschen Zahlungsunfähigkeitserklärung die Barzahlung auf 500 Millionen Goldmark bei 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen zu ermäßigen und den übrigen Betrag vorläufig zu stunden. Auf den Widerspruch Belgiens und Frankreichs wurde die Summe aber dann auf 720 Millionen erhöht und die Entscheidung der Wiederherstellungskommission aus der Hand genommen. Poincaré hat es nun durchgesetzt, daß die Wiederherstellungskommission wieder die Entscheidung bekam, Lloyd George hat nachgegeben. Die Kommission wird nun nächster Tage bestimmen, ob es bei den 720 Millionen bleibt oder ob der Bartribut — erhöht werden soll. (Das letztere ist deswegen wahrscheinlich, weil Frankreichs Staatsfinanzen stark ins Wanken gekommen sind. D. Schr.)

Nachtrittsabsichten Gasparri.

Rom, 21. Febr. Eine römische Nachrichtenagentur will wissen, daß Kardinal Staatssekretär Gasparri dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückzutreten. Der Papst wird ihn durch den Kardinal Ceretti, Nuntius in Paris, ersuchen.

Ein neuer Zwischenfall in Petersdorf.

Berlin, 21. Febr. In Gleiwitz-Petersdorf (Oberschlesien) schoß ein französischer Soldat auf eine Anzahl Zivilpersonen, die vor einem Gasthaus sich unterhielten, jedoch ohne zu treffen. Der deutsche Polizeiwachmeister Paul Rosenberger forderte die Franzosen höflich auf, weiterzugehen, um keinen Aufstand zu veranlassen. Jener Soldat feuerte aber einen zweiten Schuß auf den Wachmeister ab, der tot zusammenbrach.

Lenin unterstützt die indischen Nationalisten.

London, 21. Febr. Der „Daily Telegraph“ meldet, daß die von Lenin und Sinowjew an Ghandi gerichteten Postskriften an ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind. Lenin hat Ghandi neuerdings seine finanzielle und moralische Unterstützung an. Ferner teilte Lenin mit, daß alle jungen Leute, die Ghandi nach Moskau schicken werde, vom Direktor der Universität für Propaganda im Orient mit Vergütungen aufgenommen werden würden.

Reichstag.

Berlin, 21. Febr.

(174. Sitzung.) Zunächst werden verschiedene kleine Anfragen erledigt.

Das Versorgungsgesetz wird dem Versorgungsausschuß überwiesen.

Es folgt die 1. Lesung des 5. Nachtrags zum Haushaltsplan. Durch diese Vorlage sollen u. a. widerrufliche Wirtschaftsbeteiligungen an Beamte usw. in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen gewährt werden.

Abg. Frau Nünch (Soz.) wünscht eine Neuregelung der Beamtengehälter, wobei die mittleren und unteren Gehälter erhöht werden müßten.

Die Einführung der Wohnungssteuer.

Stuttgart, 21. Febr. Nach § 6 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus sind die Gemeinden berechtigt, eine sog. Wohnungssteuer zu erheben. Nach dem württ. Wohnungsabgabegesetz müssen alle Gemeinden, in denen Gemeinde-Wohnungsabgabe erhoben wird, zugleich Wohnungssteuer erheben. Die Beschlüsse über die Erhebung dieser Steuer bedürfen der

Kirche vor dem Gnadenbilde der heiligen Künne, um meine Geige zur Hand nehmen darf.“

„Da habt ihrs!“ sagte der Ritter mit Verdruss, denn es dünkte ihm nicht lozend, statt der Raft unter der schattigen Eiche in der Sonnenglut auf den Berg zu reiten. Vielmehr hatte er gehofft, der Delinquent würde, wie sonst die Regel bildet, eine reichliche Denkerstunde verlangen. „Guch soll das Mäuslein heißen, Ventricule!“ Aber da er sein Wort gegeben hatte und keine Möglichkeit sah, den Wunsch zu verlagern, so gab er alsbald das Zeichen zum Aufbruch, das Lager wurde aufgehoben, der Zug setzte sich wieder in Marsch und bewegte sich zu dem steinigem Bergweg hinauf. —

Das war eine seltsame Wallfahrt, wie sie wohl noch nie die Höhe des Neckbergs herauf gekommen war, Ritter und Reiche, Stadtknechte und Hente, der arme Sünder und die ungezählte Schar derer, die ihn hängen sehen wollten. Selbst an geistlichem Beistand war kein Mangel, denn auch die Mönche ließen es sich nicht nehmen, einen verstorbenen Sünder tröstlich bei seinem letzten Gange zu begleiten. Ihre Gebete murmelnd zogen sie mit gerötetem Gesichte und in sonniger Bestrahlung an der Spitze des Hauens, demütig den Blick zu Boden gerichtet, und das Volk erhob nach alter Gewohnheit den Zwiwiesang, Männer und Frauen in geziemender Weise sich antwortend.

„Ventricule,“ sagte der edle Herr von Mähringen, als er oben auf dem Neckberge schauend vom Piederstieg und seinen Blick in der Runde schweifen ließ, „hier ist es wohl gut sein. Seltener genug bin ich hier oben gewesen. Fast könnte es mich gelüsten, noch öfter den Berg heraufzureiten. Wenn Ihr einmal gekentet werdet, wollen wirs wieder machen.“ „Gnädiger Herr,“ erwiderte der lateinische Schreiber mit galligem Lächeln, „wäre dies der einzige Anlaß, so hoffe ich, daß Ihr Euch niemals dieses Spectaculum erfreut. Ohne daß ich sagen möchte, es könnte einem edlen Herrn Schaden bringen, des öfteren sich lastend dieses Kircklein anzusehen.“

Genehmigung der Württemberger des Innern und der Finanzen. Da in Württemberg gegenwärtig und vermutlich auch künftig alle Gemeinden Wohnungsabgaben zu erheben haben, wird die Wohnungssteuer für alle Gemeinden des Landes eine Zwangs Einrichtung bilden. Die reichsrechtlichen Ausführungsvorschriften lauten: 1. Die aus der Wohnungssteuer auskommenden Mittel dürfen nur zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung verwendet werden. 2. Die Steuer ist nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber nach der Größe der Wohnfläche allein zu bemessen. Dabei sind Wohnräume unter 10 qm Wohnfläche steuerfrei zu lassen. 3. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen mit gemeinschaftlichem Haushalt wenigstens 4, im übrigen mindestens soviel Wohnräume, als die um 1 vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Räume, die ausschließlich oder vorwiegend zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken benützt werden, sind bei der Berechnung der Steuer nicht zu zählen. 4. Dienstwohnungen der Beamten, die sich innerhalb der von der Regierung bestimmten Grenzen halten, sind von der Steuer frei. 5. Mehrere Wohnungen an einem Ort sind bei der Berechnung der Steuer zusammen zu zählen. 6. Als Wohnräume gelten insbesondere nicht Flur, Gang, Borkaal, Veranda, Küche, Bad, Abort, Diele, soweit letztere nur als Durchgangsraum in Betracht kommt, sowie die Räume, die nach gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften nicht bewohnt werden dürfen. 7. Die Steuer darf in ihrer Gesamthöhe den Betrag nicht überschreiten, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietbetrags der besteuerten Wohnräume zur Gesamtmiete der Wohnung entspricht. 8. Auf Antrag tritt Befreiung von der Steuer ein, wenn sich bei Anwendung der Bestimmungen besondere Härten für die Steuerpflichtigen ergeben. 9. Die Wohnungen, die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind und nicht mehr als 6 Wohnräume enthalten, bleiben von der Abgabe befreit. 10. Auf Grund anderweitig genehmigter Steuerordnungen, die von diesen Grundsätzen abweichen, dürfen Wohnungssteuererhebungen nur bis 1. Oktober 1922 erhoben werden. Bei einer vor kurzem in Ulm abgehaltenen Tagung der Vereinigung württ. Wohnungsämter kam als überwiegende Meinung zum Ausdruck, daß bei den engen Schranken, die ihr durch die reichsrechtlichen Vorschriften, insbesondere §§ 3 und 7, gezogen seien, eine erhebliche finanzielle Bedeutung der Wohnungssteuer in kleineren Gemeinden überhaupt ausgeschlossen und auch in größeren Städten mit Rücksicht auf die Erhebungskosten kaum zu erhoffen sei. Wie wir hören, wird sich das Ministerium des Innern, dem die weiteren Einleitungen obliegen, zunächst mit den Oberämtern, dem württ. Städte- und Gemeindegeld, der Vereinigung württ. Wohnungsämter und den Organisationen der Hausbesitzer und der Mieter zur Erörterung der geeignetsten Formen der Durchführung ins Benehmen setzen und dabei das Ziel verfolgen, das Verfahren in kleineren Gemeinden so einfach, kurz und billig wie möglich, in größeren aber wenigstens so zu gestalten, daß ein großes Mißverhältnis zwischen Erhebungsaufwand und Steuerertrag nicht ausgeschlossen wird. Es wird versucht werden, die württ. Ausführungsbestimmungen so zeitig zustande zu bringen, daß die Steueranmeldung und -Erhebung spätestens am 1. April 1922 beginnen kann.

Württemberg.

ep. Stuttgart, 21. Febr. (Kirchensteuer und Austritt.) Der Württembergische Freidenker- und Monistenbund hat im Anzeigenteil verschiedener Zeitungen zum Kirchenaustritt aufgefördert und dabei auf die Höhe der zu bezahlenden Kirchensteuern hingewiesen. Diese Angaben sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht nur für Stuttgart, sondern für das ganze Land unzutreffend. Die Kirchensteuer, die von kleineren Ein-

Während so die beiden in anzüglicher Rede noch manche Worte wechselten, stand Zacharias sesselos, doch in starker Out, damit er sich nicht etwa selbst ein Leid zufüge, am Saum der hohen Bergplatte und sah wehmütig in die blaue Ferne. Jede Hoffnung war ihm geschwunden, durstig und jehnsüchtig nahm er zum letztenmal die Schönheit der Welt in sich auf und trauernd gedachte er des Abschieds von Liebe und Freude. Gräbelnd rief er sich auch das Erlebnis zurück, das ihm als höchstes Wunder erschien und nun als höllisches Verrenbild endete. Da er mit seinem verzweifelteten Sinne kein Ziel fand, so griff er zur Geige, die ihm der Stadtknecht willig darbot, um das Kircklein zu betreten und die trügerischen Klänge noch einmal zu hören.

Aber die strengen Väter vom Franziskanerkloster wehrten ihm den Eingang. „Nichts da,“ sagte der strenge Vater Benno hart, „hat der Bösewicht schon einmal das Kircklein und das Gnadenbild geschändet, so soll er es ein zweitesmal nicht mehr wagen.“ „Wein Herr Jürg von Mähringen erhob seine gewaltige Stimme: „Was ich dem Geiger versprochen habe, soll geschehen, trotz Tod und Teufel, Krummstab und Mönchskutte! Tretet beiseite und gebt ihm die Bahn frei, oder das Wetter soll herein schlagen!“ Darauf ließen es die Mönche wohl oder übel geschehen.

Strahlend brach die Sonne durch die bunten Scheiben des Kirckleins, dessen Inneres, wie einst, in zauberhafte Dämmerung getaucht war, und warf zarten, farbigen Schein auf Antlitz und Gewand des Gnadenbildes. Zacharias sank am Gitter auf das Knie nieder und hinter ihm knieten fromme Mönche, Männer und Weiber, so viele ihrer Platz fanden im heiligen Raume.

(Schluß folgt.)

fortsetzen erhoben wird, bezogen auf in ungenügenden Mengen und erreicht meist nicht die zurzeit vielfach übliche Höhe von Vereinsbeiträgen.

Stuttgart, 21. Febr. (Krankenhäuser und Ortskrankenkassen.) Das angesehene Schiedsgericht hat dahin erkannt, daß ein tägliches Verpflegungsgeld von 35 M. für Kranke der dritten Verpflegungsklasse in den städtischen und in sämtlichen Privatkrankenanstalten mit Wirkung vom 1. Januar ab als angemessen zu betrachten sei.

Vom Tage. In der Nacht auf Sonntag wurde in einem Warenhaus in der Neckarstraße durch Einbruch eine Menge Waren gestohlen.

Stuttgart, 21. Febr. (Wärmt. Arztordnung.) Ein Gesetzentwurf über die berufliche Vertretung der wärmt. Ärzte ist dem ärztlichen Landesauschuß vom Ministerium des Innern zur gutachtlichen Stellungnahme zugewandt. Danach ist die berufliche Vertretung der wärmt. Ärzte der ärztlichen Landesauschuß. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat seinen Sitz in Stuttgart. Die einzelnen Bezirksvereine wählen je auf die Dauer von 3 Jahren Abgeordnete. Auf 50 Mitglieder oder einen Ueberschuß von mehr als 25 Mitgliedern entfällt je 1 Abgeordneter und 1 Stellvertreter. Vereine mit über 100 Mitgliedern können die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vornehmen. Der Geschäftskreis des Landesauschusses umfaßt die Wahrnehmung und Vertretung der ärztlichen Standesinteressen sowie die Erörterung aller Angelegenheiten, die dem ärztlichen Beruf oder die öffentliche Gesundheitspflege betreffen. Das Ministerium ordnet zu den Sitzungen des Ausschusses Vertreter ab. Für jeden Bezirksverein wird ein Ehrenrat bestellt, für das ganze Land ein Ehrengerichtshof, der Entscheidungen bei Zwiderhandlungen gegen die Standesordnung fällt, letzterer im Berufungssall.

Botnang, 21. Febr. (Lebensmüde.) Eine in den 30er Jahren stehende Frau hat sich gestern abend vom dritten Stockwerk auf die Straße gestürzt, wo sie tot liegen blieb.

Obingen, 21. Febr. (Diebstahl.) Aus dem Packerraum der Samfabrik Gottlieb Ott Sohn wurden 255 Meter Samt gestohlen.

Hall, 21. Febr. (Jagdgeld.) Förster Balz aus Sittenhardt hat dieser Tage einen wilden Schwam erlegt.

Nailheim, 21. Febr. (Ein Baumriege.) Im Staatswald „Buchen“ wurde die größte und stärkste Eiche des Bezirks gefällt. Sie war 30 Meter hoch und hatte auf Kniehöhe 6,20 Meter Umfang. Die Eiche dürfte 800 Jahre alt gewesen sein.

Laichingen, 21. Febr. (Auto-Zusammenstoß.) Ein Postauto stieß im Salzwinkel mit einem Militär-Auto der Reichswehr zusammen. Ein Reichswehrsoldat wurde verletzt.

Aufgedeckter Diebstahl. Für mehrere 1000 Mark Garn hat ein Angestellter der Firma mechan. Leinwanderei Paul und Hugo Kahn hier entwendet und das Garn durch einen heimlichen Weber verarbeiten lassen, der jetzt im Verdacht der Hehlerei steht.

Ulm, 21. Febr. (Milchverjorgung.) Das Reich hat bekanntlich zur Schaffung von Milchquellen oder zur Verbilligung der Milch mehrere hundert Millionen Mark bereit g. stellt. Der Stadt Ulm fallen aus diesem Betrag etwa 700 000 M. zu. Nach Beschluß des Gemeinderats soll dieser Betrag zur Anschaffung von Kraftfutter verwendet werden. Jede Kuh soll täglich 3 Kilo Kraftfutter erhalten, das auf 21 M. für Tag und Kuh kommt. Man erwartet von der Kuh täglich 3 Liter Milch mehr, die allerdings nur 12 M. kosten. Man hofft, eine tägliche Milchproduktion von 300 Liter Milch zu erzielen.

Stuttgart, 21. Febr. (Gegen die Milchverkäufereung.) Die Vorstände des Verbands wärmt. Konsumvereine und der Verbraucherkammer für Württemberg und Hohenzollern haben an die Regierung eine dringliche Eingabe gerichtet, der Stuttgarter Schlachtviehmarkt werde von den einzelnen Aufkaufsbezirken des Landes „abzuerfahren“ und von da verschoben die Viehhändler das beste Schlachtvieh wegen des Valutagewinns bis weit über das besetzte Gebiet hinaus. So mangle im Land das Vieh und die Folge sei die Preissteigerung, die in den letzten Wochen über 50 Prozent (von 13 auf 20 Mark für das Pfund Fleisch) betragen habe. Auf Frühjahr werden sich diese Zustände noch verschlimmern. In weiten Kreisen habe man das Gefühl, daß die Regierung weder den Willen noch die Macht habe, der Ausbeutung zu steuern. Es wäre wünschlich, wenn die wärmt. Regierung auch einmal die Gefolgshaft gegenüber Berliner Vorschriften verweigern würde, wenn die Reichsregierung bei einem Ausfuhrverbot Schwierigkeiten machte.

Von vier Viehhändlern aus Bayern sollen nach der „Wärmt. Ztg.“ in 4 Tagen allein 1500 Mastochsen ins besetzte Gebiet verjahren worden sein.

Stuttgart, 21. Febr. (Feuerversicherung.) Die freiwillige Feuerversicherung bei der Gebäudebrandversicherung kann vom 1. Januar 1922 ab statt bisher 400 Prozent für die Regel bis zu 500 Prozent betragen, sodas, wie Präsident v. Haag als Vertreter des Ministeriums des Innern auf eine kleine Anfrage im Landtage, der Gebäudeeigentümer, der eine 500prozentige Feuerversicherung eingetht oder seine bisherige 400prozentige Feuerversicherung beibehält, künftig bis zum fünfzehnjährigen oder vierzehnjährigen des Lebensversicherungsanschlages gedeckt ist. Gebäudeeigentümer, die sich mit dem 15fachen nach Friedenspreisen noch nicht ausreichend gedeckt glauben, sind berechtigt, eine entsprechende Erhöhung der Versicherungssumme nach Hinderisänen bis zum Vollwert nach heutigen Preisen zu beantragen.

Weinsberg, 21. Febr. (Besitzwechsel.) Das an der Bahnhofstraße gelegene Anwesen des Fabrikanten Autenriet (früher Wirtschaft zur „Kornhöhe“) wurde von der Amtskorporation um den Preis von 450 000 Mark erworben. Es ist beabsichtigt, in dem Gebäude Kanzleien einzurichten.

Wädwühl, 21. Febr. (Besitzwechsel.) Die bekannte Wirtschaft zum Bahnhof wird demnächst geschlossen, um einer Buchhandlerei Platz zu machen.

Waldsee, 21. Febr. (Wirtschaftlicher Holzverkauf.) Zu dem dieser Tage hier stattfindenden Reifig- und Stochholzverkauf aus den Stadtwaldungen wurden erstmals auch wieder auswärtige Käuferliebhaber der näheren Umgebung zugelassen, was seit 1917 nicht mehr der Fall war. Unter großer Erregung verlangten, laut „Zp- und Jagztzeitung“, die einheimischen Käufer den Ausschluß der Auswärtigen und da diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, mußte der Verkauf infolge von Unruhe und Lärm seitens der Einheimischen vorerst unterbleiben.

Ulm a. D., 21. Febr. (Kirchenbau.) Die katholische Kirchengemeinde beabsichtigt, an der Sölingerstraße eine Kirche (Elisabethenkirche) zu erbauen.

Waldsee, 21. Febr. (Maßregelung eines Landwirts.) Der Gemeinderat hat einem durch den Torfverkauf sehr reich gewordenen Bauern die städt. Pachtgrundstücke entzogen, weil er der Milchablieferungspflicht niemals nachgekommen ist, auch keine Beiträge zum Milchverbilligungsfonds leistete und sich an der Kartoffel- und Fruchtabgabe an wirtschaftlich Schwache nicht beteiligte.

Waldsee, 21. Febr. (Unglück im Stall.) Delonon Birn kam dadurch in großen Schaden, daß er zwei Pferde von hohem Wert nachinander verlor. Das ältere hatte die Kopfkrankheit, das jüngere, ein besonders schönes Tier, verendete anscheinend an Starckampf. Bei der späteren Untersuchung stellte es sich heraus, daß das Jährling von etwa 200 Wärmern zerfressen war.

Aus dem Gerichtssaal.

Ulm, 21. Febr. (Verbrechen aus Leidenschaft.) In der Kasse des früheren Obtramispflegers in Laupheim fehlten über 650 000 Mark. Es kam nun an den Tag, daß die eigene Tochter, die Rechtsamwältswitwe Eißner, die nach dem Tod ihres Mannes den elterlichen Haushalt führte, da die Mutter krank war, die Eingriffe in die Kasse verübt hatte. Sie gestand, nach und nach 200 000 Mark entwendet zu haben, die sie in unheimlichen Einkäufen und in lustiger Gesellschaft vergebendete. Der Abmangel in der Kasse ist übrigens wieder voll gewährt. Die Strafkammer verurteilte die lustige Witwe zu 9 Monaten Gefängnis.

Baden.

Karlsruhe, 21. Febr. Im Lauf des J. sollen zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen zwei Kurse in Karlsruhe abgehalten werden und zwar ein Kurs für Elementarlehrerinnen, der am 2. Mai beginnen und voraussichtlich bis Mitte März 1923 dauern wird. Für diesen Kurs werden solche Elementarlehrerinnen berücksichtigt, die bereits 1 Jahr im Schuldienst tätig gewesen sind. Ferner ein Kurs für Haushaltungslehrerinnen, der am 3. Juli beginnen soll. Die Haushaltungslehrerinnen werden bis Ostern 1923 eine ausschließlich wissenschaftliche Ausbildung erhalten. Daran wird sich nach den Osterferien 1923 ein dreimonatiger Kurs mit hauswirtschaftlicher Weiterbildung anschließen. Die Anmeldungen für den ersten Kurs sind bis 15. März, diejenigen für den 2. bis spätestens 1. Mai einzureichen.

Heidelberg, 21. Febr. Nachdem der Eisgang auf dem Neckar bedeutend nachgelassen und der Wasserstand eine beträchtliche Erhöhung erfahren hat, wurde nach mehrtägiger Pause die Schiffsahrt auf dem Neckar wieder aufgenommen.

Willingen, 21. Febr. Nachdem die gesellschaftlichen Bestimmungen des Verbots der Fastnacht für Orte mit geschäftlicher Ueberlieferung eine Ausnahme gestatten, wird in Willingen das Fastnachtstreiben sich wieder im Rahmen der Zeiten vor dem Krieg abspielen. Der Willinger Narre ist bekanntlich eine der merkwürdigsten Hanselfiguren, die zu sehen sind. Immer noch hält ein großer Teil der Bürgerchaft an der alten Sitte, ins „Häs“ zu gehen, mit Fähigkeit fest.

Teugen (bei Engen), 21. Febr. Durch Feuer ist das Haus des Maurermeisters Albert Maier eingestürzt worden. Zwei in dem Haus wohnende Familien haben ihre gesamte Habe verloren.

Vom Bodensee, 21. Febr. (Erfrierungstod.) Nachdem erst vor kurzem im Arberggebiet ein Lastträger aus Stuben mit knapper Not dem Erfrierungstod entrisen worden war, hat Ende voriger Woche ein Kaufmann Schläfer einen 18jährigen Burjchen aus Stuben namens Moser, der mit Probiant auf Schiern zur Ulmer Hütte wollte, in fast erfrorenem Zustand aufgefunden. Seine Hände waren zu unförmlichen Klumpen zusammengefroren. Von Stubener Fahrern wurde der Kranke auf Rettungsschiffen zur Station Langen und von da mit dem D-Zug in die Klinik nach Innsbruck verbracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Es ist dies schon das fünfte Opfer, das der schneereiche alte Winter am Arberg forderte.

Wintmahlliches Wetter.

Die Störungen dauern immer noch an. Am Donnerstag und Freitag ist fortgesetzt nachtales Wetter zu erwarten.

Bermischtes.

Das Silberzeug eines neuen Reichens. Ort der Handlung Berlin. Auf der Tafel eines neuen Reichens wieder entdeckt wurde die Hälfte eines Silberchases, der kürzlich in einer Villa im Grunewald gestohlen worden war. Dort wurde bei einem Industriellen das ganze Tafelsilber für 24 Personen von Einbrechern vor einigen Tagen gestohlen. Die Diebe drangen, während die Wohnung ohne Aufsicht war, mit Nachschlüssel ein und holten das Silberzeug heraus, das über 400 000 M. wert war. Sie verkauften es für 41 000 M. Der Käufer veräußerte es weiter an eine Schmelze in der Vintenzstraße. Dem Inhaber dieser Schmelze war das Silberzeug zum Einschmelzen zu kostbar. Sie verkauften die Hälfte weiter und behielten nur die andere Hälfte zurück. Am nächsten Morgen war diese verschwunden, anscheinend von Einbrechern gestohlen. In der Vintenzstraße entdeckte man den veräußerten Teil des Silberchases bei einem neuen Reichens wieder, der jedem Stück bereits sein neues Monogramm ansetzen hatte. Das Silber hatte hier bei einem Fest-

mahl gekaut auf der Tafel gestanden. Es wurde bei Schlagschmitt und dem Beschlagnahmten zurückgegeben. Wo die andere Hälfte geblieben ist, weiß man noch nicht.

Hungerbriefmarken. Die Sowjetregierung hat zugunsten der Sammlungen für die russische Hungersnot neue Briefmarken ausgegeben, deren Silber auf die Hungersnot Bezug nehmen. Von den Hungermarken sind 4 verschiedene Arten in Rot, Braun, Grün und Blau ausgegeben. Ähnliche Hungerbriefmarken wurden in China vom Dezember 1920 bis November 1921 ausgegeben. Auch in Ungarn und Oesterreich sind solche Hungerbriefmarken im letzten Jahr gedruckt worden.

Der weiße Tod. Bei Käthel bei Zinsbrunn und o. Kaufmann Josef Daucher aus Oberkuppen im Allgäu und der Schneidmelter Steudly aus Dresden durch Schneelawinen verschüttet worden.

Ein wütender Elefant. Der Direktor des Zirkus Stosch-Sarrasani wurde in Dresden während der Dresfur von einem wild gewordenen Elefanten mit den Stoßzähnen gepackt und mit dem Rüssel bearbeitet und schwer verletzt. Nur mit Mühe konnte das Tier von seinem Opfer abgelockt werden.

Ein Schwinder festener Art. Der als Pader in einem Münchner Geschäft angestellte Kaufmann Adolf van der Heiden aus Duisburg wollte sich selbständig machen. Er besaß 500 M., seine Frau nicht. Querschnitt er mit Altpapier und Lumpen an, dann gründete er ein Kaufhaus für Haushaltsartikel im Rosenf. Er lebte verschwenderisch und die Pleite blieb nicht aus. Nun hat sich Heiden wegen 110 Vergehen des Betrugs, seine Frau wegen 27 Vergehen des Betrugs vor dem Landgericht München I zu verantworten. Die Verschuldung beträgt 3220 000 M., das „Vermögen“ nicht einmal 50 000 Mark.

Nach Unterschlagung von 360 000 M. Nächstig geworden sind zwei Boten des Notenkreuzes in Berlin, ein 17jähriger Nch. Kasko und der 20 Jahre alte Arthur Blum. Es handelt sich um Privatgelder, die durch das rote Kreuz an Angehörige in Rußland besördert werden sollten.

Zeppelin-Luftverkehr Spanien-Argentinien. Der deutsche Vertreter bei der Luftschiffahrtskonferenz in London, Major Herrera, Leiter der Einrichtung des Luftverkehrs, der Spanien mit Südamerika verbinden soll, hat einem englischen Blatt gegenüber einige Einzelheiten über seine Pläne mitgeteilt. Die Luftschiffe für diesen Verkehr sollen in Spanien gebaut werden und zwar unter Leitung von Ingenieuren, die der Zeppelin-Gesellschaft angehören. Die Plätze für die Errichtung der Hallen in Sevilla und Buenos Aires sind bereits festgelegt und die Arbeit soll im nächsten Monat beginnen. Es werden zwei Arten von Zeppelin-Luftschiffen gebaut: außerordentlich große, die das bekannte englische Luftschiff „R 38“ an Abmessungen bedeutend übertreffen, für den Verkehr mit Südamerika, sowie eine kleinere Art für die Verbindung zwischen Spanien und den Kanarischen Inseln. Die großen Schiffe werden durch 9 Motoren von je 400 Pferdestärken getrieben und sind für 40 Personen eingerichtet.

Handel und Verkehr.

Dollar Kurs am 21. Februar 220 Mark.

Der Papiergeldumlauf hat sich nach dem Ausweis der Reichsbank in der ersten Februarwoche auf 116,6 Milliarden Reichsbanknoten und auf rund 8071 Millionen Darlehenslassenscheine, zusammen auf rund 124 Milliarden 671 Millionen M. erhöht.

Das internationale Finanzkonfortium, dessen Errichtung in Paris beschlossen und auf der Konferenz von Cannes bestätigt worden war, wird am 22. Februar in London gegründet werden. An den Verhandlungen nahmen Vertreter des Handels und der Industrie aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Japan teil. Die Regierungen sind nicht vertreten. Nach den „Daily News“ ist Deutschland nicht eingeladen worden.

Anleihe für Bandung. Die Londoner „Daily Mail“ erfährt aus Amsterdam, die deutsche Bankgruppe Rhein-Elbe-Union habe der Stadt Bandung auf Java eine Anleihe von 250 000 Pfund Sterling angeboten gegen das Recht, die städtischen Werke allein in Betrieb zu nehmen.

Die Preisfrage. Das Tarifamt für das deutsche Buchdruckgewerbe hat eine 15prozentige Erhöhung der Drucksachenpreise zugestanden. — Der Reichsstatrat hat eine Erhöhung der Kaupreise um durchschnittlich 15 Prozent ab 20. Februar beschlossen. — Die ab 1. Februar gültigen oberöchleichen Kohlenpreise erfahren am 15. Februar für alle Sortimente und Abgabebereiche einen weiteren Aufschlag für Kohlen von 7,20, für Stoks von 12,50 M. pro Tonne einschl. Steuer.

Westfunkendienst. Nach den Vereinbarungen der größten Gesellschaften für drahtlose Telegraphie soll ein Funkverkehr über den ganzen Erdball geschaffen werden. Zunächst wird in Monte Grande in Argentinien eine Großfunkstation errichtet, der eine solche in Brasilien folgen wird. An dem Unternehmen ist auch die deutsche „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“ beteiligt.

Stuttgart, 21. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 121 Ochsen, 30 Bullen, 270 Jungbullen, 192 Jungrinder, 373 Kühe, 409 Kälber, 424 Schweine und 52 Schafe. 20 Kühe blieben un verkauft. Erhöht wurden aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1250-1380, zweite 920-1180, Bullen erste 1200-1300, zweite 980-1100, Jungrinder erste 1320 bis 1440, zweite 1100-1200, dritte 980-1090, Kühe erste 980-1100, zweite 800-900, dritte 580-600, Kälber erste 1640-1690, zweite 1480-1580, dritte 1300-1450, Schweine erste 1830-1930, zweite 1600 bis 1700, dritte 1380-1530 M. Verkauf des Marktes: bei Kälbern lebhaft, sonst mäßig belebt.

Mottenburg, 21. Febr. Der Viehmarkt war nur schwach besahren, meist nur mit Händlervieh. Es waren zugetrieben: 32 Kühe, 68 Kälbinnen, 44 Rinder und 8 Kälber, zusammen 152 Stück. Kühe kosteten 7000-12 000 M., Kälbinnen 9000-17 000 M., Rinder 3500-9000 M. Je das Stück. Der Schweinemarkt war mit 5 Käufer- und 210 Milchschweinen besahren. Das Paar Käuferfische kostete 2700 M., Milchschweine 550-1850 M.

Lotales.

— Die Erhöhung der Eisenbahntarife. Ein Berliner Blatt erfährt, für die nächste Zeit sei eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife noch nicht ins Auge

geragt. Es lasse sich aber allerdings noch nicht übersehen, ob nicht bei fortschreitender Geldentwertung im Lauf des Frühjahrs Erhöhungen notwendig werden.

— **Umsatzsteuerpflicht eines mit Verlusten abschließenden Betriebs.** Nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs vom 22. November 1921 wird die Umsatzsteuerpflicht dadurch nicht aufgehoben, daß der Steuerpflichtige im seinem Betrieb mit Verlust abgeschlossen hat. Der Betriebsinhaber soll die Steuer auf die Verbraucher abwägen, indem er von ihnen entsprechende höhere Preise für seine Leistungen fordert. Sie ist daher lediglich nach der Höhe der Umsätze zu bemessen und selbst dann zu entrichten, wenn ein Gewinn überhaupt nicht erzielt wird.

— **Milchlieferungsverträge.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In verschiedenen württ. Milchlieferungsgemeinden scheint die Absicht zu bestehen, die im Vorjahr abgeschlossenen Lieferverträge zu kündigen. Da jedoch die Gültigkeit der reichsrechtlichen Bestimmungen über die Milchlieferungen in ihrem jetzigen Umfang zunächst bis 15. Mai 1923 verlängert wurde und die Liefergemeinden auch im Fall der Vertragskündigung die nach auswärts zum Versand kommende Milch an die ihnen durch die Landesversorgungsstelle zugewiesenen Bedarfsgemeinden zu liefern haben, bringt die Auflösung des Vertragsverhältnisses den Erzeugern keinerlei Vorteile. Von einer Auflösung der bestehenden Milchverträge muß schon deshalb abgesehen werden, weil die Kündigung nach der Reichsmilchverordnung und den württ. Ausführungsbestimmungen hierzu den Wiedereintritt der Zwangsauflage und der behördlichen Durchführung der Lieferpflicht, sowie den Wegfall des Vertragszuschlags zum Milchpreis zur Folge hätte.

— **Der Erzeugertransport ist, wie Finanzminister Dr. Schall auf eine Anfrage der Abg. Siller, Hiller und Fischer (Württ.) mitteilte, infolge der starken Reichsverschärfung in Württemberg um zwei Drittel zurückgegangen.** Wegen des Mindesttarifs von 12 Mk. besonders der Nahverkehr schwer betroffen. Auf die Vorstellungen Württembergs und Badens hat der Reichsverkehrsminister eine Prüfung der fädeutschen Wünsche zugesagt. Erreicht wurde wenigstens soviel, daß am 1. Februar der Mindesttarif von 12 Mk. und das Mindestgewicht von 10 Kg. nicht nochmals erhöht wurden.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 22. Febr. 1922.

Zur Brennholzversorgung hat die soz.-dem. Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, Mittel zu ergreifen, um der Preistreibe bei den Brennholzkäufen zu steuern. Ferner soll sie ermöglichen, daß den nichtgabholzberechtigten Einwohnern der waldbesitzenden Gemeinden ebenfalls Holz zu einem mäßigen Anschlag überlassen wird. Den nichtwaldbesitzenden Gemeinden und den großen Städten sollen Brennholzaufgebiete zur Deckung ihres Brennholzbedarfes zugewiesen werden. — (So ist's richtig!) — Calmbach sollte in diesem Falle für Wildbad vorbildlich wirken, denn dort wird das Holz im seitherigen Wege der Verlosung abgegeben.

Eisenbahnsache. Gegen die drohende Verlegung der D-Züge 117/118 von der Strecke Karlsruhe-Pforzheim auf

die Strecke Bretten-Heilbronn hat der hiesige Gemeinderat beim Reichsverkehrsministerium und bei der Eisenbahngeneraldirektion Einsprache erhoben. Bei der Wichtigkeit der Sache für unsere Badeort geben wir den Inhalt der Eingabe bekannt:

Gemeinderat Wildbad.

Wildbad, den 21. Febr. 1922.

Wie hiermit bekannt wird, bemühen sich die an der Kraichgaubahn liegenden Städte Heilbronn, Eppingen, Bretten um die Verlegung der D-Züge 117/118, die bisher über Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart-Nürnberg von Paris und Straßburg nach Berlin, Warschau und Prag, führen, auf die Kraichgaubahn Karlsruhe-Bretten-Heilbronn. Die Verlegung dieser Züge von der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Bietigheim-Stuttgart auf die Strecke Karlsruhe-Bretten-Heilbronn-Heilsheim würde für das Landesbad Wildbad eine schwere, in ihren Folgen nicht abzusehende Schädigung bedeuten. Wildbad würde dadurch der letzte der früher bestandenen Anschlüsse an den großen Welt-Durchgangsverkehr genommen. Diese weitere Verschlechterung der Zufahrtsmöglichkeiten zu unserem Badeort infolge Wegfalls des für den Fernverkehr unentbehrlichen Schnellzugspaares über Pforzheim würde zweifellos den Besuch unseres Badeorts schwer beeinträchtigen und dadurch nicht nur Wildbad und die am Bade in hohem Maße beteiligten Staatsfinanzverwaltung schädigen, sondern bei der gerade in jetziger Zeit steigenden volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs auch das ganze Land.

Denn, würden die D-Züge 117/118 mit dem internationalen Schnellzugverkehr Paris-Warschau und der Eilzugverkehr Karlsruhe-Nürnberg künftig über Karlsruhe-Heilbronn geleitet, so müßten die zur Gefundung und Erholung nach Wildbad fahrenden Kurgäste in Karlsruhe und Pforzheim, oder sogar in Bretten, Mühlacker und Pforzheim umsteigen, während sie früher nur in Pforzheim den Zug nach Wildbad zu wechseln brauchten. Diese Unbeweglichkeiten des mehrfachen Umsteigens in Verbindung mit der unvermeidlichen Verlängerung der Fahrzeit würden zahlreiche Kurgäste, insbesondere die schwer zu transportierenden Kranken von dem Besuch Wildbads abschrecken und sie anderen Bädern zuführen, die infolge direkter Anschlüsse an die internationalen Züge bequem zu erreichen sind.

Wir erheben deshalb die Verlegung der Schnellzüge auf die Kraichgaubahn, sowie gegen jede sonstige Änderung an dem jetzigen west-östlichen Schnellzugverkehr Paris, Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Prag, Warschau und an dem Eilzugverkehr Karlsruhe-Nürnberg zu Gunsten der Linie Bretten-Heilbronn schärfste Einsprache.

Es ist genug, daß wir seit der Verreichlichung der Württ. Staatsbahnen eine Reihe von Verschlechterungen unserer Zugverbindungen — wir erinnern nur an die jetzige schlechte Verbindung Berlin-Wildbad, an das Wegfallen der direkten Wagen Berlin-Wildbad, München-Wildbad, Frankfurt-Wildbad, Stuttgart-Wildbad — über uns ergehen lassen mußten, während wir

sehen, daß nichtwürtt. Bäder weitgehendste Berücksichtigungen erfahren durften. Werden uns nun auch noch die letzten günstigen Anschlüsse in Pforzheim genommen, so ist unser Schicksal besiegelt. Wildbad wird in der Konkurrenz mit dem nichtwürtt. Bädern an die Wand gedrückt werden.

Wir gestatten uns daher die dringende Bitte, alle Anträge auf die Verlegung der genannten Züge auf die Kraichgaubahn abzulehnen und den Belangen unseres Landesbades bei der künftigen Gestattung des Fahrplans eine ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung angebeihen zu lassen.

Wildbad, den 21. Febr. 1922.

Gemeinderat: Bähner.

Mieter-Verein Wildbad. Am vergangenen Sonntag den 19. d. Mts. hielt der Mieter-Verein seine ordentliche General-Versammlung im Saale des Hotel Weil ab. Leider, und das muß ausdrücklich betont werden, war der Besuch ein dermaßen schlechter, daß man glauben möchte, die Miet- und Wohnungsverhältnisse in Wildbad seien in bester Ordnung und dieser Verein sei infolgedessen überflüssig. Daß dem aber nicht so ist, das beweist ja schon eine flüchtige Besichtigung derjenigen Stadtteile von außen, welche die Wohnungen der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung stellen, und hat der sehr genau und gewissenhaft erstattete Bericht des Kassiers, welcher zugleich die laufenden Geschäfte und Auskünfte besorgt, das Gegenteil schlagend bewiesen. Seine Ausführungen haben gezeigt wie undankbar und zeitraubend eine solche Tätigkeit ist, und wenn man dann noch beobachten muß, daß wenn die durch Steigerungen oder sonstige Zwiste gehehten Mieter ihre Fülle erledigt wissen, nicht die Zeit aufbringen, der General-Vers. anzuwohnen. Es wird Aufgabe des Vereines sein, mit solchen Mitgliedern in Zukunft kürzer umzugehen und werden Fälle solcher Mitglieder, welche die Versammlungen nicht regelmäßig besuchen, mit der gleichen Langmut behandelt werden und kann es wohl einmal eintreten, daß der eine oder andere selbst die Ehre hat, sich mit den hierfür in Frage kommenden Instanzen heranzustellen. Allein nach den vielen Fällen, welche im verflochtenen Geschäftsjahr meistens zu Gunsten der Mitglieder erledigt wurden, zu schließen, wäre eine vollbesetzte G.-V. und ein größeres Interesse zu erwarten gewesen. Was die zur Erledigung von Mietangelegenheiten u. dgl. hier vorhandenen Wohnungs-Loumission betrifft, so ist in vielen hier vorkommenden Fällen durch die überwiegende Besetzung aus Vermieterkreisen und Personen, deren Stellung eine klare Präzisierung von berechtigten und unberechtigten Forderungen oft sehr erschwert. Den Mietern stehen heute auf Grund des Reichsmietengesetzes, welches man nur von einem demokratisierten Staat erwarten durfte, größere Rechte zur Verfügung als vordem und deshalb an alle Mieter ganz gleich welchen Standes: Bahet Eure Interessen und laßt nicht erst Unannehmlichkeiten an Euch herantreten. Tretet ein in den Verein und unterstützt die mit der Leitung beauftragten Personen um nicht durch einen so schlechten Besuch eine Entmutigung eintreten zu lassen.

Kuhfleisch

das Pfund zu Mk. 14.-

zu haben bei

Metzgermeister E. Pfau
H. Schmid

RBN Phil. Bosch Nachf.
Wildbad,
Hauptstrasse Telefon 32

Große Auswahl
in
Manufakturwaren
Aussteuerartikeln
Damen-Wäsche
Herren-Wäsche
Trikotagen
Kragen Cravatten

Reelle Bedienung!
Billigste Preise!

FELLE

von Kanin, Feldhasen, Rehe, Geiße, Fuchs, Marder sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Preisen an.

E. Maischofer, Pforzheim
Moderne Tierausstoperel :: Lindenstr. 52 :: Tel. 1501

Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg. Bekanntmachung.

Wegen Umzugs bleiben die Kanzleien am Donnerstag, den 23. Febr. 1922

geschlossen.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß vom Freitag, den 24. Febr. 1921 an sich die Kanzleiräume der Krankenkasse nicht mehr im Erdgeschoß des Vorderhauses, sondern im 1. Stock des Hinterhauses befinden.

Neuenbürg, den 20. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Vorstands: Die Kassenverwaltung:
Fr. Heintzelmann. Döbernet.

Lesen Sie

die neue zweimal täglich erscheinende billigste große Berliner Tageszeitung

die Zeit

Herausgegeben von Heinrich Rippler

Unter Mitarbeit von Max Winklerberg, Edward Spitz, Wilhelm v. Hoffmann, Dr. Eilmar Mann, Hans Strohmer, Wilhelm Dohse, Karl Hoon u. a.

Bezugspreis monatlich Mark 15.— frei Haus bei jeder Bestellung zu abonnieren (1. Dachttag Postzeitungssatz 1922). Probeabonnement mit oder auf Wunsch für die Hälfte des normalen Bezugspreises frei Haus für Mk. 7.50 geliefert. Bestellungen für das Probeabonnement sind nur an die untenstehende Geschäftsstelle zu richten.

Wir bitten um gef. sofortige Abonnementbestellungen und Gehaltsgabe in befreundeten Kreisen.

Hauptgeschäftsstelle Berlin SW 48
Wilhelmstraße 5-9 — Holtenhof 4640-22

Für kommende Saison ein
Hausbursche
und ein
Küchenmädchen
bei hohem Lohn gesucht.
Zu erst. in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Morgen Donnerstag
abend
Café Lindenberger
Schach

Ich suche einige Villenbauplätze

in Wildbad selbst, und solche an der Bahnlinie im Enztal gelegen.

E. Hutzenlaub, Architekt
Telephon 115. Graf Eberhardbau.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend
Männerriege
Der Vorstand.

Ausschneiden und aufbewahren!

Vertrauen

Sie einer **Frau!**
Wenn die **Regel** sticht oder monatlich ganz ausbleibt ohne Sorge, ich helfe und schütze Ihre Gesundheit.

Verzweifelte Frauen!
Rettung u. neuen Lebensmut bringen einzig und allein nur meine neuen, käuflich wirkenden Spezialmittel, auch in bedenklichen, bereits hoffnungslosen Fällen. (Vergl. Berländ. ausgeh.)

Meine Mittel sind behördl. geprüft und vollkommen unschädlich für jeden Fall silber ich schriftl. bei, sonst Geld zurück. Keine Verunsicherung. Lassen Sie sich nicht täuschen durch oft marktüblich angebotene Schwundel-Mittel. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben, Sie werden mir dankbar sein. Wenden Sie sich getrost an **Frau Ida Pries Bw.** Hamburg 22, D 204 Finkenau 22. Distret. Vorstand gegen Nachnahme.

Großeingänge

in erstklassigen Tabaken von Landfried, Raulino usw.

100 Gr. von Mk. 8 an
Chr. Schmid & Sohn
Zigarrengroßhandlung

LIEPERKRANZ

Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
Singstunde

im Lokal, wozu alle Sänger erwartet

der Vorstand.

Heute abend 7 Uhr findet im Lokal
Ausschußsitzung

statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen sämtlicher Ausschußmitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

